

---

**2779/J-BR/2010**

---

**Eingelangt am 03.12.2010****Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

der Bundesrätin Monika Mühlwerth  
und weiterer Bundesräte  
an den Bundesministerin für Inneres  
betreffend **Druck der türkischen Botschaft auf die Wirtschaftskammer**

Wie die Zeitschrift NEWS im Zuge einer Recherche bei türkische-nationalistischen Vereinen in Österreich erfuhr, übt die türkische Botschaft Druck auf die Wirtschaftskammer aus, damit kurdisch-stämmige Trainerinnen aus dem Wirtschaftsförderungs-Institut entlassen werden. Das bestätigt sich auch in einer WKÖ-internen Mitteilung an Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl, die im Milieu kursiert und die NEWS vorliegt. Darin heißt es: „Dr. N und Mag. S. berichten von einer Drohung der türkischen Botschaft, österreichische Wirtschaftsmissionen zu stornieren, wenn die Wirtschaftskammer keine Konsequenzen in o.a. Sache zöge (Abzug von missliebigen angeblich PKK-nahen Trainerinnen).“ Hintergrund: Der ethnische Beauftragte der Wirtschaftskammer, Sami Akpınar, hatte sich für die Entlassung einer kurdisch-stämmigen Wifi-Trainerin stark gemacht. Sein Vorwurf: Sie sei Mitglied der terroristischen Vereinigung PKK, die für die Autonomie der kurdischen Minderheit in der Türkei kämpft. Das Projekt in der die Trainerin arbeitet, wurde gestrichen. Sie klagte wegen Verleumdung, das Verfahren ist in Wiederaufnahme. Der türkische Botschafter, der sich in einem Presse-Interview kritisch über die österreichische Integrationspolitik äußerte, pflegt enge Kontakte zu den türkisch-nationalistischen Vereinen. Das zeigt auch ein in NEWS veröffentlichtes Foto: Es zeigt Tezcan Hand in Hand mit dem Österreich Chef der extrem türkisch-nationalistischen Gruppe „Graue Wölfe“.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Bundesräte an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend folgende

## **ANFRAGE**

1. Mit welchem Recht, kann der türkische Botschafter österreichische Staatsbürgerinnen ohne Vorliegen von Gerichtsbeschlüssen in Verbindung mit verbotenen Organisationen bringen?

2. Ist der türkische Botschafter auch für österreichische Staatsbürgern zuständig und auch berechtigt, bei öffentlich-rechtlichen Organisationen gegen sie zu intervenieren?
3. Im kommenden Jahr ist der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayip Erdogan in Österreich angekündigt. Werden Sie die Aussagen des türkischen Botschafters bei diesem Treffen thematisieren?
4. Welche Standpunkte und Positionen werden Sie diesbezüglich beziehen und vertreten?
5. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den getätigten Interventionen des türkischen Botschafters bei österreichischen Institutionen einen Riegel vorzuschieben?